



Nummer 9/10

September/Oktober 1985

5 Schilling

Parteitag im Jahr der Zeitgeschichte

Das Jahr 1985 steht im Zeichen großer, zeitgeschichtlicher Ereignisse: Vor vier Jahrzehnten wurde Österreich von der Nazibarbarei befreit. Die Befreiung war ein Werk der alliierten Truppen, aber Österreichs Widerstandskämpfer haben unter schweren Opfern einen Beitrag zu dieser Befreiung geleistet, der internationale Anerkennung fand.

Vor 30 Jahren wurde, nach langen Verhandlungen, der österreichische Staatsvertrag abgeschlossen. Er brachte unserem Land die volle Souveränität, den Abzug aller Besatzungsgruppen. Vor 30 Jahren hat der österreichische Nationalrat aus freien Stücken, gegen die Stimmen der Abgeordneten des VdU (Vorläufer der FPÖ), das Gesetz über die immerwährende Neutralität beschlossen. Das demokratische neutrale Österreich erfüllt heute eine wichtige Brückenfunktion zwischen West und Ost. Es leistet durch seine aktive Neutralitätspolitik auch einen wertvollen Beitrag zur Entspannung.

Österreichs Sozialisten haben in der Zweiten Republik viel erreicht, sie können auf manches stolz sein. Aber sie dürfen nicht träge und selbstzufrieden werden. Das sollte vor Beginn des Parteitags 1985 klar ausgesprochen werden.

Wie lange noch Neonaziprovokationen

Der SPÖ-Parteitag 1985 wird die Aufgabe haben, Bilanz zu ziehen. Dabei dürfen Erscheinungen nicht verschwiegen oder verniedlicht werden, die alle Demokraten und Antifaschisten unseres Landes beunruhigen.

Das gilt vor allem für die Umtriebe neonazistischer Gruppen, die im Jahr der Zeitgeschichte besonders aktiv sind. Vor den Schulen werden Zeitungen verteilt, in denen Hitler verherrlicht, die Widerstandskämpfer beschimpft, und die Vergasungen in den Konzentrationslagern geleugnet werden. Nicht nur die sozialistischen Freiheitskämpfer und die anderen Opferverbände, sondern auch viele Lehrer und Eltern haben sich über diese Provokationen der Neonazis öffentlich beschwert und das Eingreifen der Behörden verlangt. Der Parteitag 1985 wird sich damit beschäftigen müssen und, wie wir hoffen, klare Beschlüsse über den Kampf gegen den Neonazismus fassen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Gegen den Irrsinn des Wettrüstens

Vor dem Parteitag der SPÖ fand in Wien die Abrüstungskonferenz der Sozialistischen Internationale statt. Der Parteitag der SPÖ sollte, in Übereinstimmung mit der Sozialistischen Internationale, ein klares Bekenntnis ablegen zu einer Politik der Abrüstung und der Entspannung. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben dieses Parteitages, die nord-amerikanischen Pläne, den Weltraum zu militarisieren, nicht nur abzulehnen, sondern mit der konkreten Forderung zu beantworten: Auf der Erde sind die Vernichtungswaffen zu zerstören, der Weltraum soll ausschließlich für friedliche Zwecke erforscht werden.

Gegen Reprivatisierung — für soziale Demokratie

Der Parteitag 1985 wird sich auch mit den bisherigen Ergebnissen der Diskussion über die Perspektiven '90 zu beschäftigen haben. Wesentlich wird die Auseinandersetzung mit der Kampagne zur Reprivatisierung der österreichischen Wirtschaft sein. Die sozialistischen Freiheitskämpfer haben nicht vergessen, welche Rolle das in- und ausländische Großkapital bei der Zerstörung der Demokratie in der Ersten Republik gespielt hat. Sie wissen, daß die Finanzierung der faschistischen Wehrverbände vor allem ein Werk jener Unternehmungen war, die sich damals ausschließlich in der

Hand des in- und ausländischen Kapitals befanden. Es ist daher zu hoffen, daß der Parteitag 1985 allen Versuchen, gemeinwirtschaftliche Unternehmungen zu reprivatisieren ein klares Nein entgegengesetzt wird.

Der Parteitag sollte sich aber nicht auf die Abwehr konservativer Angriffe beschränken. Es gilt, eine große Offensive für die **Verwirklichung der sozialen Demokratie** zu beginnen. Vor allem ist es notwendig, die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung zu erweitern, wie das von Genossen Alfred Dallinger gefordert wird. Der Parteitag sollte sich mit Dallinger, der wegen seiner Vorschläge für die Änderung des Arbeitsverfassungsgesetzes von den Unternehmern wütend angegriffen wird, solidarisieren.

Internationale Solidarität

So wichtig alle diese Fragen sind, darf der Parteitag 1985 die wachsende Bedeutung der internationalen Solidarität nicht übersehen. Es genügt, auf zwölf Jahre Diktatur Pinochets in Chile hinzuweisen, an die Bedrohung Nicaraguas zu erinnern, und auf die blutigen Ereignisse in Südafrika aufmerksam zu machen.

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat auf dem Parteitag nur **einen** Delegierten. Wir hoffen aber, daß viele andere Delegierte unseren Standpunkt unterstützen werden. Der Bundesvorstand hat beschlossen, die folgenden Anträge an die höchste Körperschaft der SPÖ zu stellen:

Für wirksame Gesetze gegen neonazistische Umtriebe

1985, im Jahr der Zeitgeschichte, haben neonazistische Gruppen ihre Umtriebe wesentlich verstärkt. Vor den Schulen wurden in großen Mengen Publikationen verteilt, in denen das Naziregime verherrlicht, die Widerstandskämpfer beschimpft, und die Vergasungen in den Konzentrationslagern gelehrt werden.

Angesichts dieser Vorkommnisse, die auch dem Ansehen Österreichs in der Welt schweren Schaden zufügen, begrüßt der Parteitag der SPÖ die Initiative von Innenminister Karl Blecha zur Schaffung

wirksamer gesetzlicher Bestimmungen gegen neonazistische Umtriebe. Der Parteitag beauftragt den Klub der sozialistischen Abgeordneten, Gesetzesanträge vorzulegen, die dieser Initiative des Genossen Blecha entsprechen.

Der Parteitag legt gleichzeitig Wert auf die Feststellung, daß Gesetze allein nicht genügen, um das Gift des Neonazismus zu bekämpfen. Er tritt daher erneut für eine verstärkte Aufklärung über die Entstehung, das Wesen und die Verbrechen des Faschismus ein.

Für das Weitererscheinen der Arbeiter-Zeitung

Der Parteitag der SPÖ weist darauf hin, daß der Aufstieg unserer Bewegung unlösbar verknüpft ist mit dem Erscheinen und der Verbreitung sozialistischer Zeitungen. Die Gründung der „Arbeiter-Zeitung“ durch Victor Adler ist aus der Geschichte des österreichischen Sozialismus nicht wegzudenken.

Das Weitererscheinen der „Arbeiter-Zeitung“ ist daher eine unverzichtbare Notwendigkeit unserer Partei. Als die Regierung Dollfuß im Februar 1934 diese Zeitung verboten hat, haben die revolutionären Sozialisten mit der Herausgabe der illegalen „Arbeiter-Zeitung“ geantwortet, die von Otto Bauer

redigiert wurde.

Ein halbes Jahrhundert später wäre die Einstellung der „Arbeiter-Zeitung“ durch die eigene Partei ein nachträglicher Triumph der Austrofaschisten.

Es wäre aber auch verhängnisvoll, den Bereich der Presse dem bürgerlichen Gegner allein zu überlassen. Der Parteitag der SPÖ richtet daher an alle Vertrauenspersonen und Mitglieder den eindringlichen Appell, durch eine großangelegte Werbeaktion ihre Solidarität mit der „Arbeiter-Zeitung“ zum Ausdruck zu bringen und ihr Weitererscheinen zu sichern.

Gegen Reprivatisierung — für soziale Demokratie

Konservative Politiker und Medien führen eine Kampagne gegen die Gemeinwirtschaft, verlangen die Reprivatisierung von Wirtschaftsunternehmen, die seit der Befreiung Österreichs zum gemeinwirtschaftlichen Sektor gehört haben.

Der Parteitag der SPÖ stellt dazu fest: In der Ersten Republik hat das in- und ausländische Großkapital wesentlich beigetragen zur Zerstörung der Demokratie und zum Aufstieg des Faschismus. Die wirtschaftlichen Erfolge der Zweiten Republik wären ohne die großartigen Leistungen der Gemein-

wirtschaft nicht möglich gewesen.

Der Parteitag der SPÖ weist daher alle Pläne für einen Ausverkauf gemeinwirtschaftlicher Betriebe an das in- und ausländische Kapital entschieden zurück. Gleichzeitig tritt der Parteitag der SPÖ für die Verwirklichung der sozialen Demokratie, wie sie im Parteiprogramm 1978 verlangt wird, erneut ein. Nur durch die Erweiterung der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung können die arbeitenden Menschen auf das wirtschaftliche Geschehen Einfluß nehmen.

Gegen die rassistische Gewaltherrschaft in Südafrika

Im Namen der Rassenlehre wurden in Europa Millionen Menschen von den Nazis ermordet. Auch 40 Jahre nach der Niederlage des Nazifaschismus im Zweiten Weltkrieg gibt es noch immer beschämende Erscheinungen des Rassenhasses und der rassistischen Diskriminierung.

Zum schärfsten Protest fordert die Gewaltherrschaft der weißen Minderheit in Südafrika heraus. Die große Mehrheit der Bewohner dieses Landes ist wegen ihrer Hautfarbe von allen demokratischen Rechten, auch vom Wahlrecht, ausgeschlossen. Sie

wird schonungslos ausgebeutet, blutig verfolgt und gezwungen, in Ghettos unter menschenunwürdigen Bedingungen zu wohnen.

Der Parteitag der SPÖ bezeichnet die südafrikanische Politik der Rassentrennung als Schande für die menschliche Zivilisation. Solange es in Südafrika diese Schande gibt, sind diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu diesem Staat abzulehnen. Der Parteitag der SPÖ erklärt sich solidarisch mit der weltweiten Bewegung gegen die Politik der Rassentrennung in Südafrika.

Solidarität mit Nicaragua

Das Volk dieses kleinen mittelamerikanischen Landes hat sich aus eigener Kraft, unter schweren Opfern, von der Diktatur Somozas befreit. Unter schwierigen inneren und äußeren Bedingungen hat es den Weg der Demokratie und des sozialen Fortschritts eingeschlagen.

Freie Wahlen, die von ausländischen Beobachtern kontrolliert wurden, haben die Bildung einer

Regierung ermöglicht, die ihr Mandat vom Volk erhalten hat.

Der Parteitag der SPÖ tritt für politische, moralische und wirtschaftliche Hilfe an Nicaragua ein. Er verurteilt die Unterstützung der Kontras, die einen Bürgerkrieg gegen die rechtmäßige Regierung des Landes führen, durch die gegenwärtige Administration der USA.

Verhinderung eines Atomkrieges durch Entspannung und Abrüstung

Das Anhäufen von immer mehr Vernichtungswaffen erhöht nicht die Sicherheit, sondern führt letztlich zum Atomkrieg. Wer den Frieden will, muß daher für die Beendigung des Wettrüstens eintreten.

Der Parteitag der SPÖ begrüßt die Initiativen der Sozialistischen Internationale für die Abrüstung in West und Ost. Er lehnt die Pläne der USA zur Militarisierung des Weltraums kategorisch ab. Die Verwirklichung dieser Pläne bedeutet keinen Schutz vor atomaren Angriffen. Sie kann nur zur Folge haben, daß sich die Rüstungsspirale immer weiter dreht.

Das Ziel der Sozialisten ist eine Welt des Friedens, in der Kriege für immer geächtet sind. Aber dieses Ziel kann nur in Etappen erreicht werden. Eine wichtige Etappe ist die Schaffung atomfreier Zonen in Europa und anderen Teilen der Welt. Nicht weniger wichtig sind Vereinbarungen über die Nichtanwendung chemischer Waffen.

Der Parteitag der SPÖ begrüßt Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über eine Rüstungsbegrenzung mit dem Ziel der Beendigung des Wettrüstens. Zur Kooperation der beiden Weltmächte gibt es keine Alternative.

Die von der Sowjetunion erbrachten Vorleistungen (Stopp der Raketenstationierung und der Atomtests) werden als wertvolle Beiträge zur Sicherung des Friedens begrüßt. Der Parteitag der SPÖ hofft, daß entsprechende Maßnahmen auch von seiten der USA erfolgen werden.

So wichtig die Zusammenarbeit der beiden Weltmächte für die Erhaltung des Friedens ist, darf die Bedeutung Europas nicht unterschätzt werden. Auf unserem Kontinent hat es seit 40 Jahren — trotz Spannungen und Konflikten — keinen Krieg gegeben. In Zukunft sollten die europäischen Staaten mehr als bisher als selbständiger Faktor in Erscheinung treten. Dazu ist es notwendig, daß alle europäischen Staaten die Pläne zur Militarisierung des Weltraums gemeinsam ablehnen.

Der Parteitag der SPÖ ist zutiefst beunruhigt über den Hunger in der Welt, dem bereits Millionen Menschen, unter ihnen viele Kinder, zum Opfer gefallen sind. Die vom Hungertod bedrohten Völker könnten gerettet werden, wenn auch nur ein Teil der für das Wettrüsten vergeudeten Mittel der Bekämpfung des Hungers dienen würde. Der Parteitag der SPÖ fordert daher: Mehr Hilfe für die Hungernden auf Kosten der sinnlosen, den Frieden nicht sichernden Rüstungsausgaben.

Material für Arbeiterchor-Buch gesucht

Für das im Herbst 1986 bei Leykam in Graz erscheinende Buch „Stimmt an das Lied... Das große österreichische Arbeiter-sänger-Buch“ werden vom Autor Helmut Brenner Dokumente, Noten, Fotos, Mitgliedsausweise und ähnliche Dinge gesucht. Vor allem Fotos von Chören oder einzelnen Sängern aus der Zeit vor der Jahrhundertwende, den Kriegsjahren zwischen 1914 und 1918 sowie zwischen 1934 und 1945 werden noch dringend benötigt, desgleichen Programme und Festschriften. Ebenfalls aufgerufen sind Zeitzeugen, welche über historische Ereignisse im Zusammenhang mit dem Arbeiterchorwesen berichten können. Bitte, sich mit **Mag. Helmut Brenner, Wiener Straße 128, 8680 Mürtzschlag, Tel. 0 38 52/44 72**, schriftlich oder telefonisch in Verbindung zu setzen.

Das Buch wird neben einem großen historischen Teil auch eine Ehrentafel der österreichischen Arbeiterchöre enthalten, in welcher jeder derzeit in Österreich bestehende Arbeiterchor auf jeweils einer Seite mit Bild und Kurzbeschreibung sowie den Namen aller aktiven Sänger vorgestellt werden wird.

12 Jahre Diktatur Pinochets — der Freiheitskampf geht weiter

Vor 12 Jahren fand in Chile ein faschistischer Putsch statt, der zur Ermordung des freigewählten Präsidenten Allende und zum Sturz der rechtmäßigen Regierung führte. Die Diktatur des Putschgenerals ist damals mit dem Versprechen angetreten, sie wolle die Wirtschaft in Ordnung bringen, den Lebensstandard des Volkes erhöhen.

Heute wird Chiles Wirtschaft von einer schweren Krise erschüttert, die zur Massenarbeitslosigkeit geführt hat. Die Diktatur hat nicht nur die Arbeiterschaft entrechtet, sondern auch breite Schichten des Kleinbürgertums ins Elend gestürzt.

Der faschistische Terror hat in diesen 12 Jahren mit beispielloser Brutalität das Volk unterdrückt, die Menschenrechte wurden täglich mit Füßen getreten, was die USA nicht hinderte, die Diktatur wirtschaftlich zu unterstützen.

Aber der kühne und ideenreiche Widerstand des chilenischen Volkes konnte auch durch den Terror und die Einführung des Standrechtes nicht gebrochen werden. Die „Tage des nationalen Protestes“ haben bewiesen, daß sich eine breite Massenbewegung formieren konnte, die das Chile von morgen repräsentiert.

Für Sanktionen gegen Südafrika

Aktionen für die Freilassung von Nelson Mandela und allen anderer politischen Gefangenen, den Abbruch der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur rassistischen Regierung in Pretoria sowie die Einleitung von Wirtschaftssanktionen gegen das Regime in Südafrika, forderte der stellvertretende Vorsitzende der Sozialistischen Freiheitskämpfer, Genosse Josef Hindels, aus Anlaß einer Anti-Apartheid-Demonstration in Wien. Hindels unterstrich namens der Sozialistischen Freiheitskämpfer und aller Opfer des Faschismus, daß aus den verhängnisvollen Fehlern der Vergangenheit gelernt werden muß.

Für die Opfer des Faschismus, so sagte Hindels bei der Demonstration in Wien, ist es von tiefer symbolischer Bedeutung, daß diese Demonstration 50 Jahre nachdem in Nürnberg die berüchtigten Rassengesetze des Naziregimes beschlossen wurden, stattfindet. Wir haben damals die Welt gewarnt und versucht, sie zu alarmieren. Die einflußreichen Staatsmänner des Westens haben auf uns nicht gehört oder sich auf wirkungslose Alibihandlungen beschränkt. Als dann Millionen Menschen aus rassistischen Gründen ermordet wurden, als der Name Auschwitz zum internationalen Begriff wurde, da haben sie mit scheinheiligen Gesichtern erklärt, wir haben es nicht gewußt. In Wirklichkeit wollten sie es nicht wissen, unterstrich Genosse Hindels.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:
Robert Blau, Herbert Exenberger, Josef Hindels, Hans Waschek.

Die Unfähigkeit der Diktatur, mit dieser großen Massenbewegung fertig zu werden, hat zu Spannungen, Konflikten und Gegensätzen im Lager der Herrschenden geführt. Diese Erscheinung spiegelt die Schwäche und Nervosität der Machthaber wider, sie darf aber nicht zu der Illusion führen, daß es in einem Dialog mit Pinochet gelingen könnte, die Diktatur friedlich abzubauen.

Alle Versuche, die Kräfte der Opposition aufzuspalten und gegeneinander auszuspielen, sind entschieden zurückzuweisen. Eine breite antifaschistische Einheit ist heute notwendiger denn je.

Die österreichische Chile-Solidaritätsfront und die in unserem Land lebenden chilenischen Flüchtlinge richten an alle Demokraten und Antifaschisten den eindringlichen Appell, die Solidarität mit dem Freiheitskampf des chilenischen Volkes zu verstärken. Die Forderung nach der Freilassung aller politischen Gefangenen und dem Recht der Chilenen im Ausland auf Rückkehr in die Heimat ist mit Nachdruck zu erheben.

Es ist notwendig, die Gewaltherrschaft Pinochets völlig zu isolieren und damit einen Beitrag zu seinem Sturz zu leisten. Dieser kann nur das Werk des chilenischen Volkes sein.

Nachrichten von rechts

Hitler-Intimus bei FPÖ-Veranstaltung

Für eine skandalöse Veranstaltung im Rahmen des oberösterreichischen Landtagswahlkampfes sorgte der FPÖ-Funktionär Karl Wimleitner aus Alkoven. Der FP-Funktionär hatte dazu den 88jährigen Generalleutnant a. D. Hans Baur eingeladen, der als „Hitlers Leibpilot“ durch die Lande zieht, um die historische Wahrheit „ins rechte Licht“ zu rücken. Zweieinhalb Stunden lang durfte der Hitler-Intimus im bis auf den letzten Platz gefüllten Saal des Gasthofes Schrot die Geschichte auf seine Art zu rechtbiegen. Die FPÖ-Funktionäre von Alkoven wollten mit dieser Einladung gegen den ihrer Meinung nach zu bescheidenen Empfang des Kriegsverbrechers Walter Reder in Österreich durch Verteidigungsminister Frischenschlager protestieren. Karl Wimleitner: „Man kann nicht ständig auf Reder und dem ganzen österreichischen und deutschen Volk herumtrampeln, da muß etwas passieren.“

Friedrich Rainer klagt „Jelka“-Autorin

Ing. Friedrich Rainer, Sohn des ehemaligen Kärntner Gauleiters, wollte das Buch „Jelka“ wegen übler Nachrede beschlagnahmen lassen. Er fühlte sich von einer Stelle aus der Erzählung von Helene

Kuchar-Jelka betroffen, wo diese folgendes berichtet: Mit anderen Häftlingen war sie nach Bombenabwürfen zu Räumungsarbeiten eingesetzt. Bei einer dieser Gelegenheiten steckte ihr ein ungefähr zehnjähriger Bub ein Paket zu, das sich später als Hundedreck entpuppte. Die Häftlinge sahen denselben Buben später wieder in Begleitung seines Vaters, Gauleiter Rainer. Helene Kuchar und die Autoren hatten den Wahrheitsbeweis angeboten. Die Klage wurde jedoch am 17. Juni 1985 im Landesgericht Klagenfurt wegen eines Formfehlers abgewiesen. Ing. Rainer, der sich während der Verhandlung neonazistisch äußerte, wurde wegen NS-Wiederbetätigung angeklagt. Das Buch erschien mittlerweile bereits in zweiter Auflage, ergänzt durch ein Vorwort von Staatssekretärin Genossin Johanna Dohnal.

„Märchen von Gaskammern in Mauthausen“

„Kärnten berichtet“, das Mitteilungsblatt des „Vereins der Freunde Kärntens“, kommentiert in

Verleumdungen über Josef Gerl

Josef Gerl, Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend und im Februar 1934 Mitkämpfer um die Verteidigung der Demokratie gegen die verfassungswidrigen Aktivitäten von Engelbert Dollfuß und anderer Austrofaschisten, steht wieder einmal im Mittelpunkt konservativer Verleumdungen, die den Sozialisten Josef Gerl zum Nationalsozialisten zu stempeln versuchen. Gerl selbst wurde nach schweren Mißhandlungen am 24. Juli 1934 hingerichtet. In die gleiche Kerbe schlug Fritz Bock in den „Österreichischen Monatsheften“, Nr. 6/1984, die von der Bundesparteiorganisation der ÖVP verlegt werden. In der veröffentlichten Ansprache von Fritz Bock über Engelbert Dollfuß auf dem Hietzinger Friedhof am 25. Juli 1984 findet sich in einem Nebensatz die Behauptung, „daß die SPÖ Josef Gerl als Märtyrer brauche“. Er bezieht sich dabei auf einen Leserbrief des Geschäftsführers des Karl-Vogelsang-Institutes, Mag. Rainer Stepan, an unsere „Arbeiter-Zeitung“, in dem behauptet wird, „daß Gerl während seines Prozesses wörtlich erklärte: ‚Ich bin nicht mehr so fest in der Sozialdemokratischen Partei und sympathisiere schon mit den Nationalsozialisten.‘“ Abgesehen von dieser falschen Zitierung aus dem Hauptverhandlungsprotokoll gegen Josef Gerl und Rudolf Anzböck — wörtlich steht hier: „Der Vorsitzende konstatiert, daß der Angeklagte als Grund seiner Handlungsweise bei der Polizei angegeben habe, daß er dadurch eine Aussöhnung zwischen Regierung und Nationalsozialisten verhindern wollte, da das von ihm ausgeführte Attentat ebenfalls den Nationalsozialisten zugeschrieben werden würde... Über Befragen: Angeklagter: Die Nationalsozialisten sind mir sympathischer als die Regierung. Verteidiger: Aber ihre Partei war doch immer gegen solche Attentate! Angeklagter: Ich sympathisiere schon mit den Nationalsozialisten“ — weisen alle weiteren Unterlagen Josef Gerl als bewußten Sozialisten aus. Auch trotz dieses Versuches Gerls, vor Gericht die Nazis für die Sprengung einer Signalanlage der Donauuferbahn verantwortlich zu machen. Etwa die Verurteilung Josef Gerls zu einem Monat Kerker im Herbst 1932 wegen Verletzung eines Nationalsozialisten. Selbstverständlich zeigen die letzten Briefe von Josef Gerl und Rudolf Anzböck

der Juni-Ausgabe 1985 eine Gedenkkundgebung ehemaliger KZ-Häftlinge beim Loibl-Tunnel, indem es einen Bericht aus der „Volkszeitung“ wiedergibt: „Nichts gegen das schreckliche Los der Häftlinge. Daß aber in diesem Zusammenhang wieder das Märchen von Gaskammern in Mauthausen aufgetischt wird, zeigt, mit welcher Skrupellosigkeit die kommunistische Propaganda an Unwahrheiten festhält.“

Otto Scrinzi

Der ehemalige Kärntner FPÖ-Abgeordnete zum Nationalrat und heutige Vorsitzende der „National-Freiheitlichen Aktion“, Dr. Otto Scrinzi, der schon mehrmals bei rechtsextremen Veranstaltungen auftrat, wurde nun von einem sogenannten Komitee für einen „nationalfreiheitlichen Bundespräsidentenkandidaten“ in Salzburg als Bundespräsidentenkandidat aufgestellt. Scrinzi nahm diese Kandidatur an. Als Vorsitzender dieses „Komitees“ tritt Ottokar Schöfer in Erscheinung. Dieser ehemalige FPÖ-Parteiobermann von Unterach vollzog schon 1978 seinen Übertritt zur NDP.

ein klares politisches Bekenntnis der zum Tode verurteilten Sozialisten. So schrieb Rudolf Anzböck in seinem Abschiedsbrief an seinen Freund Gerl: „Also wenn wir wirklich sterben müssen, so wissen wir für was; es ist doch für unsere heilige Sache des Sozialismus.“ In einem seiner letzten Briefe an einen befreundeten Schutzbündler in der Sowjetunion meint Josef Gerl: „Wir sehen ruhigen Auges unserem Ende entgegen, denn wir sterben als Soldaten des Sozialismus und wissen, daß wir für andere noch eine schönere Zukunft erkämpfen halfen. Laßt unser Opfer nicht umsonst geschehen sein und kämpft dort, wo Ihr seid, mit dem Aufgebot aller Eurer Kräfte für den Aufbau des Sozialismus. Lasse alle, auch die russischen Genossen, aufs herzlichste grüßen und verbleibe mit Freiheit Dein Genosse Gerl.“

Diese Unterlagen müßten auch Fritz Bock und Rainer Stepan bekannt sein, ehe sie falsche Zeugnisse über Josef Gerl verbreiten.

Ehrung von Freiheitskämpfern



Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien überreichte Familienstadtrat Ingrid Smejkal am 21. August 1985 den Genossen Friedrich Eibicht, Rudolf Fiedler, Karl Milota, Eduard Schlesinger und Kurt Schmidt. Die Stadträtin würdigte den Widerstand, den diese Funktionäre unseres Bundes gegen das NS-Regime geleistet haben sowie ihr Engagement für die Opfer des Faschismus. Namens der Geehrten dankte Genosse Schlesinger für die hohe Auszeichnung.

Aus der Opferfürsorge

Jubiläumsgabe

Wie wir in unserer letzten Ausgabe berichtet haben, wurde anlässlich 40 Jahre Befreiung eine Jubiläumsgabe, und zwar 1300 S an alle Opfer und 500 S an alle Hinterbliebenen, die eine monatliche Opferfürsorgerente beziehen, im Mai 1985 überwiesen. Nun gibt es eine geringe Zahl von Inhabern einer Amtsbescheinigung, die sowohl einen Gesundheitsschaden als politisches Opfer und auch als Kriegsoffer haben und die nach § 65 KOVG für beide Gesundheitsschäden die Rente vom Landesinvalidenamt erhalten. Es ist leider dem Sozialministerium nicht möglich gewesen, auch diese Opfer zu erfassen, und daher müssen sie, weil auch sie Anspruch auf die Jubiläumsgabe haben, ein kurzes Ansuchen mit Beilage von Kopien des Rentenbescheides und des letzten Zahlungsabschnittes an das Bundesministerium für soziale Verwaltung, Opferfürsorge, Stubenring 1, 1010 Wien, richten.

Sterbegeld und Bestattungskostenbeitrag

Wie aus der von uns im „Kämpfer“ alljährlich bekannt gemachten Leistungsübersicht der Opferfürsorge zu entnehmen ist, erhalten die Angehörigen, die das Begräbnis eines Inhabers einer Amtsbescheinigung veranlaßt und bezahlt haben, über Ansuchen ein Sterbegeld von 8895 S und, falls von einer anderen Stelle, zum Beispiel Krankenkasse, ein Bestattungskostenbeitrag geleistet wird, jedenfalls 5334 S, weil höchstens 3561 S des anderen Beitrages auf das Sterbegeld angerechnet werden dürfen.

Dazu kann über Ansuchen ein Härteausgleich in Form eines Bestattungskostenbeitrages gewährt werden, wenn der Träger der Begräbniskosten kein Barvermögen erbt, das monatliche Einkommen des Verstorbenen bis 10.000 S betragen hat und der Träger der Begräbniskosten verheiratet und das Familieneinkommen bis zu 14.000 S beträgt.

Diese Ansuchen sind mit allen Angaben und Nachweisen des Verstorbenen und des Trägers der Begräbniskosten an das zuständige Opferfürsorgereferat beziehungsweise Amt der Landesregierung zu richten. Dieser Bestattungskostenbeitrag kann bis zirka 8500 S betragen.

Zuschuß für einen Kuraufenthalt

Inhaber einer Amtsbescheinigung können im Rahmen der Heilfürsorge einen Zuschuß für einen Kuraufenthalt erhalten.

Sie müssen möglichst mehrere Monate vor der beabsichtigten Zeit der Kur bei ihrer zuständigen Krankenkasse um die Genehmigung dieses Kuraufenthaltes ansuchen. Wenn die Krankenkasse ablehnt, dann muß sofort mit Beilage der Ablehnung und Angabe wo und wann die Kur stattfinden soll, bei der zuständigen Landesregierung um einen Beitrag angesucht werden und man darf keinesfalls vor dem Empfang dieser Bewilligung die Kur absolvieren.

Leider kommt es immer wieder vor, daß die Krankenkasse den Kuraufenthalt im Ausland ablehnt, weil eine gleichwertige Kur in Österreich zur Verfügung steht. In einem solchen Fall kann auch keine Bewilligung im Rahmen der Heilfürsorge er-

folgen, weil in erster Linie die Kur innerhalb von Österreich vorzunehmen ist.

Wenn die Krankenkasse aus anderen Gründen ablehnt, etwa aus medizinischen Gründen (der Gesundheitszustand gestattet diese Kur nicht oder der beabsichtigte Kurort erscheint ungeeignet), kann die Begutachtung durch den amtsärztlichen Dienst sich dieser Meinung anschließen aber auch anderer Ansicht sein.

Wichtig ist das frühzeitige Ansuchen und der Kurantritt keinesfalls vor der Entscheidung.

Aus den Landesorganisationen

Niederösterreich

Mödling

Josef Zeif — 20. Todestag. Einer unserer überzeugtesten Antifaschisten und aktivsten Kämpfer gegen den Faschismus starb am 11. Mai 1965 im Alter von 67 Jahren. Am 11. Mai 1985 legten die Freiheitskämpfer aus Mödling auf seinem Grab in Maria Enzersdorf ein Blumengebilde nieder.

Würdige Gedenkstunde für Leopold Müller. Die sozialistischen Freiheitskämpfer und die SPÖ Mödling gedachten des Genossen Müller zu seinem 60. Todestag in einer Gedenkstunde, die vor der Wohnhausanlage „Fünfhaus“ abgehalten wurde, von der aus im Februar 1934 die heldenhaften Abwehrkämpfe gegen den Heimwehfaschismus geführt wurden, die drei Opfer forderten. Genosse Leopold Müller wurde nach Birnecker, Still und Kovarik ein weiterer Blutzuge der Arbeiterbewegung in Österreich.

Die Eröffnungsansprache hielt Landtagsabgeordneter Rohata als Vertreter der Freiheitskämpfer. Er konnte zahlreiche Ehrengäste begrüßen, ein besonderer Gruß galt der Tochter des Opfers, Genossin Auguste Rosenauer, die zum Gedenken an ihren Vater gekommen war. Die Gedenkrede hielt Stadtrat Burg.

Genosse Müller war am 20. Mai 1925 Parteifreunden zu Hilfe gekommen, die von einer teilweise berittenen Frontkämpfergruppe bedroht wurden. Bei den folgenden tätlichen Auseinandersetzungen erlitt er durch Stich- und Hiebwunden am Kopf lebensgefährliche Verletzungen, denen er zwei Tage später, am 22. Mai, erlag.

Am Schluß der Gedenkstunde wurde dem Haus der Name „Leopold-Müller-Hof“ gegeben und die Gedenktafel enthüllt.

Wir gratulieren

Franz Rauscher. Der ehemalige Staatssekretär im Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, Genosse Franz Rauscher, feierte am 30. Juli seinen 85. Geburtstag. Genosse Rauscher, ein gelernter Mechaniker, war in der Arbeiterhochschule ein Schüler von Karl Renner und Otto Bauer. Nach dem Februar 1934 war er führend am Aufbau der Revolutionären Sozialisten beteiligt. 1936 Angeklagter im großen Sozialistenprozeß und bis 1937 im Lager Wöllersdorf inhaftiert. 1938 wurde er von der Gestapo verhaftet, vom August 1939 bis zum Kriegsende war er in verschiedenen Konzentrationslagern in Haft. Nach 1945 war Genosse Rauscher Zentralsekretär der SPÖ, Staatssekretär und Nationalratsabgeordneter. Wir gratulieren unserem Freund sehr herzlich.

St. Pölten

Gedenken der Opfer. Die Bezirksgruppe St. Pölten hat aus Anlaß der vierzigjährigen Wiederkehr des Endes der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Gründung der Zweiten Republik am 23. April an mehreren Stellen Kranzniederlegungen vorgenommen. Daran nahmen folgende Genossen teil: Bezirksgruppenobmann Anton Gutleder, Landtagsabgeordneter Karl Gruber, Karl Holzer-Söllner, Karl Hellerschmid, Hubert Paschinger, Franz Pesek und Landesverbandsobmann Leo Lesjak.

Steiermark

Jahresversammlung Obersteier. Unter der zahlreichen Teilnahme von Mitgliedern und Funktionären wurde Ende April in Bruck an der Mur die Jahresversammlung 1985 des obersteirischen Landesverbandes der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus durchgeführt. Der geschäftsführende Obmann Franz Zechner begrüßte die Erschienenen herzlichst. Nach den Tätigkeitsberichten über die Organisation und die Kassenführung wurden die Anträge der Kontrolle auf Entlastung zur Abstimmung gebracht und die Entlastung erteilt.

Im Anschluß daran sprach Univ.-Prof. Dr. Helmut Konrad aus Graz in einem interessanten Referat über den Rechtsextremismus in Österreich.

Als letzter Tagesordnungspunkt wurden die Neuwahlen durchgeführt. Hierbei ergaben sich naturgemäß an der Verbandsspitze einige personelle Veränderungen. So wurde Franz Zechner zum Obmann, Ing. Otto Linhart und August Jaritz zu Obmannstellvertretern gewählt. Die Kassierstelle des Sozialfonds wird wie bisher Genosse Brandl bekleiden, auch sein bisheriger Stellvertreter Fritz Inkret bleibt in seiner Funktion. Zu Schriftführern wurden die Genossen Müller und Pierer gewählt. Für die Kassenangelegenheiten des Landesverbandes muß auf Grund der personellen Veränderungen erst eine geeignete Person gefunden werden.

In die Kontrolle wurden die Genossen Schöggel, Fanny Sulzbacher und Erna Scheibengraf berufen. Als Beiräte wirken künftig die Genossen Knappitsch, Fellingner und Steffi Haberfellner.

Ing. Otto Linhart †. Nach kurzer, schwerer Krankheit ist Ing. Otto Linhart, Direktor i. R. der STEWEAG, in Graz gestorben. Mit dem Tod Otto Linharts verliert der Landesverband Obersteiermark des Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer eines seiner Gründungsmitglieder und einen Funktionär, der sich zeit seines Lebens mit aller Kraft für die sozialistischen Ideale einsetzte und dafür kämpfte.

Otto Linhart stand im 72. Lebensjahr, als ihn der Tod ereilte. Er füllte bis zuletzt mit großer Sorgfalt und viel Verantwortungsbewußtsein eine Reihe von Ämtern und Funktionen aus. So war er im Vorstand der Sparkasse der Stadt Bruck an der Mur tätig, ebenso aber gehörte er auf Grund seines Fachwissens auch dem Österreichischen Sparkassenverband und der Girozentrale an.

Innerhalb des obersteirischen Landesverbandes der sozialistischen Freiheitskämpfer übte Linhart die Funktion des Landesobmannstellvertreters aus. Er war auf Grund seines ausgeglichenen Wesens ein hervorragender Mitarbeiter. Gemeinsam mit seinen Geschwistern stand er seit seiner frühesten Jugend an der vordersten Front der österreichischen Sozialdemokratie — war ein Weg- und Kampfgefährte Koloman Wallischs beim Februaufstand 1934, wurde verurteilt und eingekerkert.

Er war einer der treuen Freunde, die über ein halbes Jahr unseren verstorbenen Genossen Hermann Lackner ständig und bis zu seinem Tod umsorgten.

Eine große Trauergemeinde, unter welcher sich viele Mitglieder unseres Landesverbandes befanden, nahm mit den Hinterbliebenen in der Grazer Feuerhalle von dem Toten Abschied. All den erschienenen Freunden, Mitarbeitern und Kampfgefährten war aus der Seele gesprochen, als Bürgermeister Burgstaller seine Trauerrede mit den Worten schloß: „Otto, du wirst uns fehlen.“

Die obersteirischen Freiheitskämpfer werden ihrem allzu früh verstorbenen Genossen Otto Linhart stets ein ehrendes Angedenken bewahren.

Kapfenberg

Karl Nebel †. Die Bezirksgruppe Kapfenberg der sozialistischen Freiheitskämpfer hat wiederum einen schweren

Verlust erlitten. Kürzlich verstarb unser Mitglied Karl Nebel im 84. Lebensjahr. Genosse Nebel wurde im Jahre 1940 von den nationalsozialistischen Henkern in das Konzentrationslager gebracht. Im Jahre 1944 wurde er einer Strafkompagnie zugeteilt. Bei seiner Verabschiedung sprach Vizebürgermeister Genosse Auninger tiefempfundene Abschiedsworte. Die Trauerfeier wurde von der Musikkapelle Marein mit Trauerweisen umrahmt. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. NIEMALS VERGESSEN!

Peter Wurm †. Die Bezirksgruppe Kapfenberg der sozialistischen Freiheitskämpfer beklagt das Ableben unseres Mitglieds Peter Wurm, welcher im 83. Lebensjahr verschieden ist. Genosse Wurm war auch Mitglied des Republikanischen Schutzbundes und war an den Kämpfen im Jahr 1934 beteiligt. Über ein Jahr mußte er in der Strafanstalt Stein an der Donau schmachten. Seinem Wunsch gemäß wurde seine Verabschiedung in aller Stille durchgeführt. NIEMALS VERGESSEN!

Aus dem Wiener Landesverband Leopoldstadt

August Scherz †. Am 19. Mai 1985 ist unser Genosse August Scherz für immer von uns gegangen. Er war mehr als 30 Jahre lang Mitglied unseres Bundes. Im Gaswerk war er nach 1934 illegal für die Revolutionären Sozialisten tätig. 1942 wurde er von der Gestapo verhaftet und vom Volksgerichtshof zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in Straubing verbüßte. Danach kam er zum Strafbataillon. Bis Juli 1949 war er in russischer Kriegsgefangenschaft. Wir werden Genossen August Scherz niemals vergessen!

Margareten

Otto Kucera †. Am 7. Juni 1985 nahmen wir Abschied von unserem lieben Freund und Genossen Otto Kucera. Er war Obmannstellvertreter und Opferfürsorgereferent unserer Bezirksgruppe. Selbst schon jahrelang leidend, traf ihn der Tod seiner Gattin im Jänner 1985 besonders schwer.

Genosse Kucera wurde im Jahr 1942 verhaftet und ins KZ Mauthausen überstellt, von wo er erst nach der Befreiung heimkehrte. Wir werden Genossen Otto Kucera niemals vergessen.

Neubau

Jahresversammlung. Am 11. April 1984 fand die Jahresversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Bezirksgruppen Neubau, Mariahilf und Josefstadt statt. Bezirksvorsteherstellvertreter Genosse Walter Wana überbrachte die Grüße der Bezirksorganisationen. Es folgte der Tätigkeits-, Kassier- und Kontrollbericht. Der Mitgliederstand beträgt 103. Bei der Wahl wurde der Vorstand einstimmig gewählt.

Obmann
Obmannstellvertreter
Obmannstellvertreter
Kassier
Schriftführer
Beisitzer

Genosse Franz Mödlagl
Genosse Paul Kunz
Genosse Ferd. Wasserberger
Genosse Heinz Popelka
Genossin M. Czernetz
Genosse Hans Brosch
Genossin M. Schnekker
Genosse Karl Hosztynek
Genosse Eugen Skala

Kontrolle

Rudolfsheim-Fünfhaus

Jahresversammlung. Sicher ist die Bezirksgruppe dieses Bezirkes, den Mitgliederstand betreffend — derzeit 90 Mitglieder — gegenüber anderen Bezirken eine kleine Gruppe. Sie ist aber eine aktive Gruppe, wie es auch aus dem Tätigkeitsbericht des Genossen Rudolf Fiedler bei der Jahreskonferenz 1985 hervorging.

Bei dieser Jahreskonferenz schied Genosse Fiedler aus gesundheitlichen Gründen als Bezirksobmann aus, und als neuer Obmann wurde Abgeordneter zum Nationalrat Leo Mistingner gewählt.

Wir alle sind Genossen Fiedler für sein aufrechtes und unermüdetes Wirken in Bezirk, Land und Bund, für seine unverbrüchliche sozialistische Gesinnung zu tiefem Dank verpflichtet.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- 2, Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
 3, Landstraßer Hauptstraße 96 Jeden 1. u. 3. Mi.
 15 bis 16 Uhr
 4, Wiedner Hauptstraße 60 b Jeden 1. Di.
 17 bis 18 Uhr
 5, Kohlgasse 27 Jeden 2. u. 4. Mi. 17 bis 19 Uhr
 6, Otto-Bauer-Gasse 9 Di. 18 bis 19 Uhr
 7, Neubaugasse 25 Jeden Di. 16 bis 18 Uhr
 8, Albertgasse 23 Jeden 1. Do. 17 bis 18 Uhr
 9, Marktgasse 2/I Di. 16 bis 18 Uhr
 10, Laxenburger Str. 8/10/I Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr
 11, Simmeringer Hauptstraße 96 a Jeden 2. u. 4. Di.
 18 bis 19 Uhr
 12, Ruckergasse 40 Di. 15 bis 16 Uhr
 13, Wolkersbergenstr. Jeden 1. Di. 15 bis 17 Uhr
 14, Linzer Straße 297 Jeden 2. Mi. 17 bis 18 Uhr
 15, Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
 16, Zagorskigasse 6 Do. 18 bis 19 Uhr
 17, Kalvarienbergg. 28 a, 2. Stock.
 (Arbeiterheim) Jeden 2. u. 4. Mi. 17 bis 18 Uhr
 18, Gentzgasse 62 (nach Vereinbarung)
 19, Billrothstraße 34 Jeden 1. Di. 16 bis 18 Uhr
 Opferfürsorge (Nach tel. Vereinbarung: 36 42 79)
 20, Raffaelgasse 11 Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr
 21, Franz-Jonas-Platz 8 Jeden Di. 17 bis 18 Uhr
 22, Donaufelder Str. 259 Jeden 2. Mi. 18.30 bis 19.30 Uhr
 23, Liesing, SPÖ-Bez.-Sekr., Klublokal
 (Parterre), Breitenfurter Str. 360,
 Stg. 1 Jeden 1. Mo. 9 bis 10 Uhr

Erscheinungsort Wien
 Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
 an den Absender**

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

Über die laufende Entwicklung in Chile und anderen lateinamerikanischen Ländern informiert das Bulletin der Chile-Solidaritätsfront:

Solidarität mit Lateinamerika

Erscheint vierteljährlich

Preis des Einzelheftes: 15 Schilling

Jahresabonnement: 50 Schilling

Zu bestellen bei: Chile-Solidaritätsfront, Postfach 60, 1205 Wien.

Redaktionsschluß

für die nächste Nummer: 15. November 1985

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 63 27 31. Hersteller: Vorwärts AG, 1030 Wien, Viehmarkt-gasse 4.

DER 8

SOZIALISTISCHE KÄMPFER

in unseren Fachgruppen

Polizei

- 1, Löwelstraße 18, 4. Stock (nach tel. Vereinbarung)

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Landesverband NÖ,
 Grillparzerstr. 14/III, Wien 1, Jeden 1. Di.
 Landespartei sekretariat 11 bis 12 Uhr
 Baden, Rathaus Traiskirchen, Jeden 1. Mo.
 F. Jirovetz, Sozialreferent 8 bis 9 Uhr
 Mödling, Hauptstraße 42/B/1, Jeden 1. Do.
 Sekretariat der Volkshilfe 17 bis 19 Uhr
 Wr. Neustadt, Wiener Straße 42 Jeden 1. Samstag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
 St. Pölten, Prandtauerstraße 4, Jeden 1. Freitag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 9 bis 11 Uhr
 Schwechat, Rathausplatz 7, Jeden 1. Dienstag
 Körnerhalle, Rauchsalon 9 bis 11 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Permayerstraße 2,
 Bezirkssekretariat der SPÖ Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
 ÖGB-Haus, Tägl. außer Sa.
 I. Stock, Pensionistenverband 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Lin z, Wiener Straße 25/1
 (Phönix-Kino), Tel. 0 73 2/66 77 34 Jeden Mo. und Mi.
 (jederzeit erreichbar) 8.30 bis 11 Uhr
 Stey r, Leopold-Werndl-Straße 10 Jeden Do.
 15 bis 17 Uhr

Salzburg:

- Salz burg, Paris-Lodron-Straße Jeden Di. und Fr.
 Nr. 21, II. Stock, Zimmer 56 8 bis 12 Uhr

Steiermark:

- Gra z, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mi.
 Zimmer 17 18 bis 19 Uhr
 Bruck an der Mur,
 Schillerstraße 22
 Kapfenberg, Volksheim Jeden 2. Mi.
 Wiener Straße, Zimmer 14 18 bis 19 Uhr
 Mü r z z u s c h l a g, Bezirks-
 sekretariat der SPÖ, Grazer Str. 28 Jeden 1. Freitag
 14 bis 16 Uhr